

Sozial ist, was Arbeit schafft!

*Die CDU glaubt an ihr
Motto, aber besonders
oft und gern handelt
sie nicht danach*

Fritz W. Peter

Gliederung:

Unbeantwortete Fragen – gerichtet an die CDU-Führung
(S. 3)

Ergänzende Textbeiträge
(S. 4)

Leserkommentar, 29.1.08:
***„Nationale Regulierungswut erkämpft das Menschenrecht –
oder ertränkt sie es?“, Anmerkungen zum Mindestlohn,***
Fritz W. Peter
(S. 5)

WELT-Gastkommentar, 29.1.08:
„Lasst den Markt in Frieden“,
Bertram Dressel
(S. 6)

Mail-Anschreiben an die CDU-Führung, 29.1.08
(S. 8)

Mail-Anschreiben an die CDU-Führung, 21.1.08
(S. 10)

Unbeantwortete Fragen

- Verzockt die CDU beim Mindestlohn-Thema (für ein kurzzeitig wärmendes Linsengericht am Tisch der Macht) die eigene Identität?
- Wird die ihr zugeschriebene „wirtschaftliche Kompetenz“, insbesondere bei Kernthemen wie dem gesetzlichen Mindestlohn, tatsächlich belegt durch ein wirtschaftsrationales politisches Entscheidungshandeln? Anders gefragt, orientiert sich der politische Wille und Kurs nicht nur an der Opportunität und Popularität eines Themas, sondern zugleich auch an Erfordernissen und Faktoren der Wirtschaft, also an wirtschaftspolitischer Rationalität?
- Ist die CDU eher die Partei einer demoskopisch bestimmten Mitte oder erweist sie sich auch als die Kraft und die Vertretung einer „konzeptionell bürgerschaftlichen Mitte“ der Gesellschaft? Anders gefragt, ist sie „nur“ Volkspartei oder auch im gebotenen Umfang „Konzeptpartei“?
- Ist sie folglich ein Politikfaktor mit Kernkompetenz für bürgerlich-liberale und progressive Politikinhalt oder unter dem Strich doch eher eine opportunistische Spielfigur im Geplänkel des Machterhalts? Anders gefragt, dominiert Machtanspruch oder Programmatik? Inszeniert sie Politikinhalt oder überwiegt Selbstinszenierung? Vergleiche Schröders Kurs der Selbstinszenierung, der innerparteilich nicht konsensfähig war und sich gegenüber Parteiprogrammatik und Wahlversprechen verselbständigt hatte.
- Stellt sich die CDU-Führung bewusst genug und intensiv genug solche Fragen? Unter den Wählern und den potenziellen Wählern werden sie jedenfalls gestellt!
- Potenzielle Wähler werden sich – und zwar unabhängig davon, welches Zeugnis sich die CDU-Führung selbst ausstellt – ein eigenes Bild davon machen, wie kompatibel die politische Praxis mit den Vorgaben ist. Die Vorgaben des politischen Handelns definieren sich maßgeblich aus den sozialen und wirtschaftlichen Realitäten, wobei die Handlungsfolgen der Politik Teil dieser Realitäten sind. Will man – auch nach den Schröder-Jahren – nicht realisieren, dass es vermutlich schwerer ist, sich vor einer unzufriedenen Wählerschaft zu verstecken, als eine stimmige Politik zu betreiben? Dies freilich verlangt von der Politik, dass wirtschaftliche Rationalität ebenso gewahrt bleibt wie der Anspruch auf eine soziale bzw. „sozial gerechte“ Politik!

Fritz W. Peter, 31.1.08

Weitere Texthinweise (eigene Beiträge)

Gesetzlicher Mindestlohn – Erfolgsformel für Links. Sind CDU/CSU die bürgerlichen Wegbereiter zur Groß-DDR?

www.wadinet.de/news/dokus/2010a_Systemwechsel-durch-Mindestlohn.pdf

Jan. 2008 (12 S.)

Ein todsicheres Gemisch – Mindestlohn, 35-Stunden Woche und Genossenherrschaft in Bund und Ländern

www.wadinet.de/news/dokus/2010_Ein-todsicheres-Gemisch.pdf

Jan. 2008 (8 S.)

ALG-I: Ein progressiver Lösungsvorschlag

[statt verlängertem Leistungsbezug verbesserte Vermittlungstätigkeit]

www.wadinet.de/news/dokus/2006_ALG-1-Loesungsvorschlag.pdf

Okt. 2007 (6 S.)

Merkels Linie im Für und Wider. Ein unfrisierter mail-Dialog. Teil 1

[ein geballtes Für und Wider zur Außen- und Innenpolitik im mail-Dialog]

www.wadinet.de/news/dokus/874_Merkels-Linie_Ein-unfrisierter-Dialog.pdf

Okt. 2006 (14 S.)

Neustart einer Regierung – gedankliche Schritte zum Erfolg

[Aspekte der Regierungsbildung u. künftigen Koalitionspolitik]

www.wadinet.de/news/dokus/10_Neustart-Regierung-3-11-05.pdf

Nov. 2005 (20 S.)

Grüne – kommt raus aus den sozialdemokratischen Windeln

[radikal-bürgerliche statt anti-bürgerliche Perspektive erforderlich]

www.wadinet.de/news/dokus/44_Sozialdemokratische-Windeln-ablegen.pdf

Sept. 2005 (4 S.)

Schröder. Von der Politik der ruhigen Hand zur leeren Hand

www.wadinet.de/news/dokus/2003_Politik-der-leeren-Hand.pdf

Juli 2005 (4 S.)

(stag)NATION DEUTSCHLAND

[am Beispiel einer Sabine-Christiansen-Sonntags-Talkrunde]

www.wadinet.de/news/dokus/2001_stagNATION-Deutschland.pdf

März 2005 (3 S.)

Deutschland: Innere Reformfähigkeit zweifelhaft

[Auszug aus meiner Denkschrift „Europa nach der Irak-Erfahrung“]

www.wadinet.de/news/dokus/2004_Reformfaehigkeit-zweifelhaft.pdf

„Denkschrift“, Aug. 2003 (60 S.); Auszug, 2004 (4 S.)

Leserkommentar zum Beitrag von Bertram Dressel in DIE WELT v. 29.1.08, S. 8: „Lasst den Markt in Frieden“. Dressels Beitrag ist hier am Ende meines Leserbriefs als Welt-online-download wiedergegeben.

Nationale Regulierungswut erkämpft das Menschenrecht – oder ertränkt sie es?

Leserkommentar von Fritz W. Peter, 29.1.08

Bertram Dressel illustriert anschaulich, wie den potenziellen Innovatoren (also künftigen Arbeitgebern, sprich Arbeitsplatzgebern) die Luft und die Lust genommen wird, möglichst viel aus sich und ihrer Kreativität und aus diesem Land zu machen. Dressel verdeutlicht auch, wie unsinnig in diesem Zusammenhang der Mindestlohn ist: nämlich ein Beispielfall purer Überregulierung!

Am Mindestlohnbeispiel möchte ich nachfolgend Dressels Thema der Überregulierung weiter ausführen.

„Andere Länder haben auch den Mindestlohn“, ist ein beliebtes Argument der Befürworter eines gesetzlichen Mindestlohns für Deutschland. Bei näherem Hinsehen entpuppt sich der Vergleich als vordergründig und irreführend. Unterschiede in der Ausgangssituation, die augenfällig sind, aber viel zu selten hervorgehoben werden, machen einen schlichten Vergleich der deutschen Situation mit der anderer Länder problematisch. Oft sind diese Vergleiche geradezu verfehlt.

Das Ausmaß arbeits- und sozialrechtlicher Regelungen und der einschlägigen Rechtsprechung, das Ausmaß tariflicher und gesetzlicher Instrumente und Sozialsysteme (auf kommunaler, Landes- und Bundesebene) übersteigt bei weitem die Bedingungen in anderen Ländern. Dort mag es durchaus Regelungsbedarf in der Form des Mindestlohns geben, was aber hat dies mit Deutschland und den *hier* bestehenden Grundgegebenheiten zu tun? Stets wird von den Sozialpolitikern der Volksparteien das „amerikanische“ oder „angelsächsische“ Modell abgelehnt, beim Mindestlohn-Thema wird jedoch von gleicher Seite häufig und gern auf diese „Vergleichsbeispiele“ hingewiesen.

Wer nach sachgerechten Lösungen sucht, wird nicht Äpfel mit Birnen vergleichen wollen, sondern seriöse Vergleiche bemühen. Und in der Tat ist es unseriös auszublenzen, dass Volkswirtschaften, die anders verfasst und vielleicht tatsächlich *unter*-reguliert sind, nicht als Argument taugen, um Regelungsexzesse in einer Volkswirtschaft, die bereits sehr stark verregelt ist, zu rechtfertigen.

Durch das geforderte *Mehr* an Verregelung werden die Grundlagen einer durchaus im Gleichgewicht befindlichen Wirtschaftsverfassung eher ausgehöhlt, so dass im Ergebnis ein *Weniger* an Regulierungseffizienz entsteht.

Nur Sozialisten wird das nicht irritieren. Ihnen sind regulierende Verwaltungsapparate stets lieber als eigenständige Aushandlungsprozesse unter den Tarifparteien. Gewerkschaften galten ihnen schon immer als sog. *Tradeunionisten*, die von den politischen Kadern des Staatsapparats (das sind „die bewussten Elemente der Arbeiterklasse“, so die selbstbezogene Lehre) zu führen seien. Bleibt nur die Frage: Wie weit sind SPD und andere noch davon entfernt, sich diesem Standpunkt indirekt und klammheimlich anzuschließen? Wie *wenig* weit sind sie davon entfernt, wenn sie durch Gesetzgebungskompetenz glauben, alle Verantwortung für dieses Lohnthema an sich ziehen zu dürfen? Wie geblendet muss man sein, die Tücken nicht zu erkennen?

Der Marsch in den gesetzlichen Mindestlohn ist der Rückzug aus der Tarifautonomie; es ist „ein Putsch gegen die Tarifautonomie“, wie es ein F.A.Z.-Leitartikel völlig zutreffend titelt. Und es ist ein nicht aufzuwiegender, zerstörerischer Schritt im Prozess der Aufkündigung der Grundlagen einer liberalen Gesellschaft. Es ist ein grundlegendes Stück Entmündigung gesellschaftlicher Kräfte zugunsten anmaßender obrigkeitlicher Entscheidungsprozeduren.

Ein national verfügbares, politisch missbrauchsanfälliges Regelungsschema soll ein bewährtes, differenziertes, regional- und branchenbezogenes Selbstregulierungsinstrument – die Tarifautonomie – ablösen, nur weil es überhebliche Politiker so wollen, nur weil eine populäre Illusion populistisch bedient werden soll, nämlich dass (unmittelbarer) staatlicher Eingriff die Preisbildungsprozesse des Arbeitsmarkts ersetzen könnte, die doch sensibel und situationsspezifisch (angebots- und nachfragegerecht) sein müssen, um funktionieren zu können und jenen Menschen, die es am schwersten haben, in den Arbeitsprozess zu gelangen, eine nicht nur fiktive Erfolgchance zu lassen! Es ist eine zynische Rhetorik, unter dem Siegel „sozialer Gerechtigkeit“ Mindestlöhne zu verfügen, die den relativ Stärkeren mehr Sicherheit geben, den Schwächeren dagegen auch noch die Restsicherheit nehmen. Der gesetzliche Mindestlohn wird zum Testfall für *bürgerlich* und *wohlverstanden zivilgesellschaftlich* ausgerichtete Kräfte in unserem Land.

DIE WELT, 29.1.08, S. 8

Gastkommentar: Unternehmensgründungen, Bürokratie, Mindestlohn

Lasst den Markt in Frieden

von Bertram Dressel, Präsident des ADT Bundesverbandes Deutscher Innovations-Technologie- und Gründerzentren e. V., Berlin

Deutschland braucht dringend mehr Unternehmensgründungen. Es wird höchste Zeit, dass sich die Politik endlich an den Abbau von Vorschriften macht, sei es bei der Festlegung von Gehältern, beim Einsatz umweltfreundlicher Materialien oder

beim Energieverbrauch. Ein erfolgreiches Unternehmertum kommt mit wenigen moralischen Grundregeln aus.

An was muss ein Ingenieur alles denken, der sich mit einem neuen Produkt als Basis ein Unternehmen – sein Unternehmen – aufbauen will? Doch wohl hauptsächlich an das Wie und Wo des Produkts. Weit gefehlt in Deutschland! Als Erstes denke er bitte an das Finanzamt, danach an das Gewerbeamt. Von der Agentur für Arbeit erhält er die für die Personalabrechnung unumgängliche Betriebsnummer, die Berufsgenossenschaft klopft an, die Gebühreneinzugszentrale will Geld für jeden PC, die IHK schickt eine Mitgliedschaftsbenachrichtigung mit Beitragsforderung und so weiter und so fort.

Aber damit nicht genug: Nun drohen die Fallstricke einer selbst für Fachleute kaum durchschaubaren Chemikalienverordnung, eines Gleichbehandlungsgesetzes, einer Unternehmenssteuerreform, der Sonderregelungen für Minijobs, 400-Euro-Jobs und all den gut gemeinten, aber zum Missbrauch anregenden Vorschriften.

Nehmen wir an, unser Gründeringenieur kann nicht alles selber machen in seiner neuen Firma und stellt nun noch einen oder zwei Mitarbeiter ein. Ist es wirklich nachvollziehbar, dass er diesen Mitarbeitern einen Mindestlohn zahlen muss, nur weil Politiker dies für richtig halten? Ganz zu schweigen von der Wahrnehmung solcher Ungleichbehandlung des Gründers – der in den ersten Jahren selten Reichtümer anhäufen wird – und seiner Mitarbeiter. Will man dieses Dilemma verhindern, helfen keine Sonderregelungen für den Gründer, die würden nur einmal mehr zu Ungerechtigkeiten führen.

Hier hilft nur ein radikaler Rückbau an Vorschriften und ein Tabu für neue Regelungswut. Nur das wirtschaftlich Sinnvolle muss Richtschnur für den Unternehmer sein. Es bedarf keines staatlichen Eingriffs für die richtige Festlegung von Gehältern, für den Einsatz von umweltfreundlichen Materialien, für den rationellen Umgang mit Energie und vieles andere mehr. Die (unsubventionierten) Preise der Güter und Leistungen richten sich nach dem Angebot. Energieträger werden teurer, damit wird Energie sparsamer eingesetzt werden. Das gleiche Prinzip gilt auch bei der Arbeitskraft, in vielen Berufen – namentlich den höher qualifizierten – gibt es bereits mehr offene Stellen als Bewerber. Logisch, dass diese Bewerber sich um zu geringe Bezahlung nicht sorgen müssen – ohne Hilfe des Staates. Für erfolgreiches Unternehmertum reichen also wenige Grundregeln aus. Als ungeschriebene Gesetze sind natürlich die moralischen Grundsätze eines respektvollen Umgangs miteinander einzuhalten.

<http://debatte.welt.de/kommentare/57878/lasst+den+markt+in+frieden>

Nachfolgend sind zwei Anschreiben an die CDU-Führung im Deutschen Bundestag wiedergegeben – beide Anschreiben gingen auch zahlreichen Unionsabgeordneten zu.

>>

Mail-Anschreiben an die CDU-Führung. Die Mail wurde ebenfalls an gut 90% der CDU- und CSU-Abgeordneten des Deutschen Bundestags gerichtet. Den Mails beigelegt waren die Beiträge: „Ein todsicheres Gemisch – Mindestlohn und Genossenherrschaft in Bund und Ländern“, Januar 2008; „Gesetzlicher Mindestlohn – Erfolgsformel für Links. Sind CDU/CSU die bürgerlichen Wegbereiter zur Groß-DDR?“, Januar 2008; Web-Adressen:

www.wadinet.de/news/dokus/2010_Ein-todsicheres-Gemisch.pdf

www.wadinet.de/news/dokus/2010a_Systemwechsel-durch-Mindestlohn.pdf

From: [Fritz W. Peter](#)

To: [Ronald Pofalla](#) ; [Volker Kauder](#)

Sent: Tuesday, January 29, 2008 4:50 PM

Subject: Systemwechsel durch Mindestlohn

An den Generalsekretär der CDU Deutschlands, Herrn Ronald Pofalla,
und den Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU im Deutschen Bundestag,
Herrn Volker Kauder

Sehr geehrter Herr Pofalla, sehr geehrter Herr Kauder,

die Anlage zu dieser Mail enthält folgenden Themenbeitrag zur **MINDESTLOHN-** Diskussion:

>> "Gesetzlicher Mindestlohn -- Erfolgsformel für Links. Werden CDU/CSU die bürgerlichen Wegbereiter zur Groß-DDR?"

Es folgen mehrere Stellungnahmen mit **WARNENDEN** Argumentationsketten zum Thema "Tarifautonomie ade! Systemwechsel olé!"

Beigefügt ist ergänzend die Kommentar-Sammlung: "Ein todsicheres Gemisch"

Enthalten sind in den Anlagen u.a. folgende Kurztexpte:

>> "Mindestlohn, Freibier und historisches Unwissen"

>> "Die Nationale erkämpft das Menschenrecht"

>> "Der Amoklauf des Herrn Struck"

Ein persönliches Wort darf ich an Sie, Herr Pofalla, richten. Eine Kritik am rotgrünen Entwurf eines "Antidiskriminierungsgesetzes", die ich Ihnen Anfang 2005 zugesandt hatte, beantworteten Sie damals umgehend, ausführlich, sehr zustimmend und mit spürbarem Dank. Auch Sie waren ein nachdrücklicher Befürworter des Standpunkts, dass es nur eine "Eins-zu-eins-Umsetzung" der EU-Vorgabe in nationales Recht geben dürfe. Diese Position wurde nach dem Regierungswechsel aufgegeben. Nur dank des Protests konnten am Schluss wenigstens einige der draufgesattelten Vorschriften noch rechtzeitig kassiert werden. Ergebnis: Kein gut beratener Personalleiter führt heute ein Einstellungsgespräch ohne Rechtsbeistand oder entsprechende enge

Handlungsvorgaben im Betrieb. Und kein Personalleiter oder Personalreferent wird sich Aussagen entlocken lassen, die abgelehnten Bewerbern, wenn sie nachfragen, aufschlussreiche Auskünfte geben. In den Jahren vor dem Gesetz erhielten Anrufer dagegen bei Rückfragen nicht selten die eine oder andere wertvolle Orientierung oder zumindest eine Teilauskunft. Ehrliche Antworten waren möglich und durchaus NICHT unüblich.

Wird es eine Parallele beim **MINDESTLOHN**-Thema geben? Wird auch hier Stück für Stück nachgegeben? Wird der Systemwechsel unter Mitwirkung von CDU/CSU vollzogen werden? Frau Dr. Merkel ist im Führungskreis umgeben vornehmlich von kundigen Juristen. Waren sie kundig genug, um das "Gleichstellungsthema" auch an den Erfordernissen der betrieblichen Praxis auszurichten? Wurden wirtschaftliche Erfordernisse beachtet oder wurde eher ein Beitrag zur Bürokratisierung geleistet? Der CDU-Führungskreis war aufgrund des juristischen Hintergrunds der zugehörigen Abgeordneten (und weil dort keine ideologischen Vorbehalte gegen "die Wirtschaft" bestehen wie ja weithin beim Koalitionspartner SPD) eigentlich prädestiniert, eine auch wirtschafts- und betriebskompatible Linie zu finden. (Gerade in der kniffligen Rechtspraxis liegen ja Kompetenz und Erfahrung der angesprochenen Personen im Führungskreis.)

Wurde man also der Aufgabe gemäß eigenem Kompetenzhintergrund (plus der hier unterstellten, auch für Wirtschaftsbelange aufgeschlossenen Haltung) gerecht?

Will sagen, wird man beim **MINDESTLOHN**-Thema der Aufgabe gerecht werden?

Immerhin ist es ein Freitagsthema für ein liberales Wirtschaftssystem, ein weiterer mächtiger Schritt von einer Zivilgesellschaft bürgerlicher Prägung zur Mentalität staatlicher Kollektivverwaltung. Wie kann es da sein, dass sich die CDU in dieser Situation ängstlich zurückhält und Wahlen defensiv auszusitzen versucht und "aus der Not heraus" zu ungeeigneten Themenverschiebungen greift (siehe Hessen)?

Sehr geehrter Herr Pofalla, während des ganzen Jahres 2005 quitierten Sie stets die zahlreichen Mails, die zwischen unseren Adressen hin- und herliefen. Ich wäre dankbar und hielte es für angemessen, wenn mindestens der Eingang dieser Post bestätigt würde. Die Post geht auch zahlreichen Ihrer Kollegen unter den Unions-Abgeordneten zu. Ich begründe dies mit der unzweifelhaften Bedeutung des hier angesprochenen **MINDESTLOHN**-Themas.

Mit freundlichen Grüßen,

Fritz W. Peter

Fon (0202) 73 18 23
 Fax (0202) 73 18 27
peter@4pe.de
info@4pe.de

Diesem Anschreiben gingen weitere voraus, betreffend das Mindestlohn-Thema, Textanlagen eingeschlossen. Eins dieser Anschreiben (v. 21.1.08) gebe ich hier nachfolgend wieder.

>>

From: [Fritz W. Peter](#)
To: [Volker Kauder](#)
Sent: Monday, January 21, 2008 5:53 PM
Subject: Zeit für eine bürgerliche Agenda, Nachtrag

[An den Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU im Deutschen Bundestag,
Herrn Volker Kauder](#)

Sehr geehrter Herr Kauder,

dankbar wäre ich, wenn der Eingang dieser Mail bestätigt würde, denn immerhin geht es mir um die Partei, der Sie und ich angehören. Noch weit mehr geht es mir allerdings um das Land, deren Bürger Sie und ich sind, denn die Politik ist nicht mein lukrativer Lebensunterhalt, sondern ein häufiges Zuschussgeschäft durch ehrenamtliches und schreibendes Engagement. Vor einer Woche hatte ich Sie mit diesem Mail-Text schon einmal angeschrieben.--

Nach meinem persönlichen Erkenntnisstand erwägen zahlreiche Mitglieder unserer Partei, mit denen ich regional oder überregional in Verbindung stehe und in deren Beurteilung wirtschaftliche (wirtschaftspolitische) Gesichtspunkte und Zusammenhänge NICHT ausgeblendet werden, immer stärker einen PARTEIAUSTRITT (oder haben diesen schon vollzogen).

Wenn auf dem Weg einer schleichenden Sozialdemokratisierung weiter schrittweise nachgegeben wird, dann wird parallel auch ein schrittweiser Verlust eines zentral wichtigen Teils der Parteimitgliedschaft eintreten.

Wenn die Bürgerlichen nicht endlich eine entschiedenerere bürgerliche Agenda erkennen lassen, wird sich in der Wählerschaft der spürbare Wunsch nach mehr politischem Profil sicher nicht zugunsten unserer Partei auswirken.

Eine "bürgerliche Agenda" schließt konservativ-liberale, vor allem aber bürgerlich-progressive Haltungen ein, denn es soll doch VORAN gehen in der Anpassung unserer Gesellschaft an die Bedingungen unserer Zeit. "Konservativ-liberale" und "bürgerlich-progressive" Haltungen mögen z.T. divergent sein, eher sind es jedoch Nuancierungen einer im notwendigen Maße fortschrittlichen bürgerlichen Politik. Und die wollen wir doch!

Oder ist unsere Partei eher eine driftende Wanderdüne, die ihr Profil nicht selbst bestimmt, sondern durch die unsteten, sich fortwährend drehenden Winde der Zeit bestimmen lässt?

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Fritz W. Peter

Die Mail erhielten in Kopie ebenfalls zahlreiche CDU/CSU-MdBs